

An der Steuerschraube drehen, ist nicht innovativ

FORSCHUNGSFÖRDERUNG: Erneut wird die Forderung nach einer steuerlichen Forschungsförderung laut. Experten warnen allerdings vor einer Subventionierung mit der Gießkanne. Auch die Finanzbeamten sind dagegen.

VDI nachrichten, Düsseldorf, 14. 11. 14, has

Die Pharma-Lobby spendete Beifall. Auf einem Branchentreffen bei der UCB Pharma Ende Oktober in Monheim hatten mit dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) und dem SPD-Wahlkreisabgeordneten Peer Steinbrück führende Koalitionspolitiker Unterstützung für eine seit längerem erhobene Forderung signalisiert: Zur Stärkung des Industriestandorts sollten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) von Unternehmen durch Steuervergünstigungen gefördert werden.

Befeuert wird die Diskussion mit einer magischen Zahl: 5 Mrd. €. So hoch wären laut einer Studie der Universitäten Mannheim und Regensburg die öffentlichen Mindereinnahmen, wenn eine 10 %-ige Steuergutschrift für FuE-Aufwendungen erteilt würde.

Die Kehrseite der Medaille: Das Ganze müsse über höhere Steuern oder

durch Abstriche an anderer Stelle bezahlt werden. Darauf wies Steinbrück auf der Veranstaltung hin. Die Kritiker eines solchen Modells sehen sich daher einmal mehr bestätigt: Die bewährte Projektförderung, über die der Mittelstand seine Innovationskraft seit vielen Jahren unter Beweis gestellt hat, gerät in Gefahr.

„Es ist zu befürchten, dass Steuergutschriften zulasten von Projektfördermitteln gegenfinanziert werden und hohe Bewilligungsquoten von zum Teil deutlich über 50 % künftig nicht mehr möglich sind. Bei einer 10 %-igen Förderung sind die Effekte so gering, dass davon kaum Impulse für neue FuE-Aktivitäten ausgehen“, so Heike Belitz von der Abteilung Innovation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Es war vor allem die Einführung der Einzelprojektförderung, die im Mittelstand die Innovationsbereitschaft nachhaltig stimuliert hat“, unterstreicht Rudolf

Spitzmüller, Vorstand der Spitzmüller AG in Gengenbach. Seine Beratungsgesellschaft begleitet seit 1983 Unternehmen bei der Projektentwicklung und -finanzierung. Er verweist auf das Beispiel des 2008 gestarteten Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM). „Bereits Ende 2009 lagen beim ZIM über 10 000 Anträge vor“, sagt Spitzmüller. Dagegen stünden die negativen Erfahrungen mit der steuerli-

Die Finanzämter sind überfordert bei der Bewertung von technischen Innovationen

chen Forschungs- und Entwicklungszulage bis Mitte der 80er-Jahre. Diese sei „vor allem für kleinere Unternehmen allein aufgrund unlösbarer Bewertungsfragen quälend und demotivierend“ gewesen.

Mitte der 80er-Jahre ließ die damalige Bundesregierung die steuerliche Forschungsförderung auslaufen. Profitiert hatten vor allem große Unterneh-

men mit professionellen Steuerabteilungen, die ohnehin bereits Forschungsbetrieben. „Bei einer Wiedereinführung wären wieder die Großen die Gewinner“, warnt Heike Belitz vom DIW. Es komme zu Mitnahmeeffekten und zu einem deutlichen Ungleichgewicht. Yvonne Karmann-Proppert, Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF), Hauptprojekträger des ZIM, betont: „Für mittelständische Firmen wäre ein Ausbau der Projektförderung weitaus effektiver, weil diese genau auf ihren Bedarf zugeschnitten ist.“

Förderexperte Rudolf Spitzmüller hält steuerliche Modelle noch aus einem anderen Grund für ungeeignet. „In der Regel wird erst nach Jahren per Bescheid eine Anerkennung verbindlich festgestellt. Unter diesem Damoklesschwert nehmen sicherlich nur wenige Mittelständler Geld in die Hand“, so Spitzmüller. Besser sei es, nach einer fachlichen Prüfung durch Förderstellen mit gebündeltem Technologie-Know-how gleich zu wissen, woran man ist. Zumal es zweifelhaft erscheint, ob eine Finanzbehörde überhaupt in der Lage ist, qualifiziert über Innovationen zu entscheiden.

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, beantwortet dies mit einem klaren Nein: „Das Finanzamt wird damit überfordert, technische Innovationen sachgerecht einzuordnen. Vermutlich müssen für eine Überprüfung teure Gutachten bestellt werden.“ Es entsünde ein neues Streitthema für Betriebsprüfungen und nachlaufende Rechtsstreitigkeiten. „Wir lehnen Förder-Tatbestände in den Steuergesetzen grundsätzlich ab“, so Eigenthaler.

Das Ziel, gemäß der Lissabon-Strategie die FuE-Aufwendungen auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, ist bereits erreicht, ohne dass an der Steuerschraube gedreht worden wäre. Laut dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft überschritten die Unternehmen bereits 2012 mit 53,8 Mrd. € den Ihnen vorgegebenen Wert von 2 % des Bruttoinlandsprodukts sogar; die staatlichen Aufwendungen betragen 0,96 %. Die FuE-Ausgaben sind hier zu Lande in den vergangenen Jahren schneller gestiegen als beispielsweise in Frankreich, Österreich und Großbritannien, Ländern also, die eine steuerliche Förderung verfolgen.

MANFRED GODEK